

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE -Der Landrat-



im KTB angenommen am:

Datum:	27.08.24
Einreichende Fraktion:	Grüne/CaBü
Status:	öffentlich
Aufgabenbereich	
<input checked="" type="checkbox"/>	eigener Wirkungskreis
<input type="checkbox"/>	übertragener Wirkungskreis
Beschluss-Nr.:	

Betreff: Offener Umgang des Kreistages des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte mit der DDR-Geschichte

Beratungsfolge:	Sitzung am:	Abstimmungsergebnis:				Bemerkungen:
		Für	Geg	Ent	Bef	
Kreistag	09.09.2024					

Beschlussvorschlag:

- Die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gewählten Mitglieder des Kreistages, die ihre ehrenamtliche Tätigkeit während der laufenden Wahlperiode (2024 – 2029) ausüben, werden auf eine mögliche hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit als Mitarbeiter im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Amt für nationale Sicherheit (AfNS) überprüft, dies gilt nicht für Personen, welche am 3. Oktober 1990 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Die sachkundigen Einwohnerinnen und sachkundigen Einwohner werden aufgefordert, sich freiwillig einer Prüfung zu unterziehen.

2. Der Kreistagspräsident wird beauftragt, die entsprechenden Anträge beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik im Auftrag des Kreistages des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zu stellen.
3. Der Kreistag beauftragt das Präsidium des Kreistages unter Leitung des Kreistagspräsidenten, als Ehrenkommission zu fungieren und die Überprüfungsergebnisse zu bewerten.
4. Die Ehrenkommission informiert die Fraktionen des Kreistages in geeigneter Weise und unter Beachtung schutzwürdiger Interessen Betroffener über die Ergebnisse der Überprüfung.

gez. Jutta Wegner
Fraktionsvorsitzende

Sachdarstellung:

Seit vielen Jahren beschäftigen sich Politik und Medien immer wieder mit der Frage, wie mit den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) umgegangen werden soll. Auch fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Aufarbeitung von SED-Unrecht nicht abgeschlossen. Es darf ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit unterstellt werden über die mögliche Einbindung von gewählten Verantwortungsträgern als hauptamtlicher (Angehöriger) oder inoffizieller Mitarbeiter (IM) informiert zu sein. Dabei soll es nicht um eine moralische Bewertung dieser Tätigkeit gehen, sondern um die Offenlegung von Strukturen als Grundlage für geschehenes Unrecht

Finanzielle Auswirkungen

im Haushaltsjahr 2024:	in Folgejahren:
<p>X Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><u>Ergebnishaushalt</u></p> <p>Aufwendungen <input type="checkbox"/> Erträge <input type="checkbox"/> 0,00 € 0,00 €</p> <p><u>Finanzhaushalt</u></p> <p>Auszahlungen <input type="checkbox"/> Einzahlungen <input type="checkbox"/> 0,00 € 0,00 €</p>	<p>X Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> jährlich</p> <p><u>Ergebnishaushalt</u></p> <p>Aufwendungen <input type="checkbox"/> Erträge <input type="checkbox"/> 0,00 € 0,00 €</p> <p><u>Finanzhaushalt</u></p> <p>Auszahlungen <input type="checkbox"/> Einzahlungen <input type="checkbox"/> 0,00 € 0,00 €</p>
Finanzielle Mittel stehen:	

planmäßig zur Verfügung unter:

Produkt / Konto

Ergebnishaushalt:

Finanzhaushalt:

Deckungskreis Nr.

Bezeichnung

nicht zur Verfügung
(Deckungsvorschlag)

Produkt / Konto

Ergebnishaushalt:

Finanzhaushalt:

Deckungskreis Nr.

Bezeichnung

Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung

Bemerkungen: